



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die deutschsoziale Bewegung

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die deutschsoziale Bewegung



n dem hinter uns liegenden Wahlkampfe hat wieder einmal der „Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien“ gegen die „Umstürzler“ eine große Rolle gespielt. Auch der Führer der Nationalliberalen, der, wie es scheint, immer unfähiger wird, die im Volke lebendigen Kräfte zu erkennen und richtig zu beurteilen, hat in seiner Rede zur Militärvorlage das große Wort ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie nicht das geworden wäre, was sie ist, wenn ihr nicht der Hader der bürgerlichen Parteien zu Hilfe gekommen wäre. Wir wagen die Anekdote auszusprechen, daß die Sozialdemokratie schon heute sehr viel weiter wäre, als sie ist, wenn sich nicht innerhalb der nichtsozialdemokratischen Parteien eine Bewegung Geltung verschafft hätte, die von dem allgemeinen Ordnungsbremsen nichts wissen will, die die Sozialdemokratie bloß als ein Erzeugnis verwerflicher sozialer Zustände auffaßt, und die infolge dessen mit mehr Energie Front macht gegen die Bestrebungen eines bankerotten und überlebten wirtschaftlichen Individualismus als gegen die Frucht dieses Individualismus, gegen die Sozialdemokratie. Für den liberalen Philister ist das beispiellose Wachstum der antisemitischen oder deutschsozialen Partei ein fast unlösbares Rätsel, ein Beweis für eine traurige Verirrung und Verrohung des deutschen Volkscharakters, ein Antrieb, die Frage nach der Berechtigung des allgemeinen Wahlrechts einer Nachprüfung zu unterziehen. Für uns liegt das Geheimnis der Erfolge dieser Partei wesentlich darin, daß sie allein den Mut hat, es auszusprechen, daß die Bekämpfung der Sozialdemokratie nur durch die Beseitigung der Übelstände erfolgen kann, denen sie ihre Entstehung verdankt, und daß der wirkliche Feind nicht die Sozialdemokratie, sondern der Geist ist, von dem der gemäßigte wie der radikale, der regierungsfähige wie der regierungsunfähige Liberalismus in gleicher Weise beherrscht wird.

Der liberale Gedanke von dem freien Spiele der Kräfte im wirtschaftlichen Leben hat im Volke alles Ansehen verloren, das Volk sehnt sich nach neuen berufsgenossenschaftlichen Organisationen, nach staatlichem Eingriff zu Gunsten der wirtschaftlich Schwachen, nach Beseitigung der Auswüchse einer das allgemeine Interesse überwuchernden, schrankenlosen persönlichen Freiheit, und solange keine andre Partei davor, die dieser Sehnsucht Ausdruck verlieh, wendete es sich der Sozialdemokratie zu. Wer aufmerksam hinsah, bemerkte leicht, daß die Sozialdemokratie von Jahr zu Jahr mehr Eingang fand im deutschen Mittelstande, daß die untern Beamten, die um ihre Existenz schwer ringenden kleinern, selbständigen Handwerker mit zunehmender Bereitwilligkeit ihren Lockungen Gehör liehen, daß schon längst die Sozialdemokratie weder eine bloße Partei der Lohnarbeiter noch eine Partei des Proletariats war.

Die schwerste Gefahr, die uns droht, liegt darin, daß wir, statt uns endgiltig loszureißen von dem liberalen Manchesterium und jede Brücke, die zu ihm hinführt, abzubrechen, uns in unverständiger Angst vor der Sozialdemokratie immer wieder dazu verleiten lassen, ihm die Hand zu reichen. Während es sich darum handelt, dem versinkenden Mittelstande aufzuhelfen und dadurch zu verhindern, daß er weiter der Sozialdemokratie verfällt, glauben zahlreiche, sonst verständige Politiker in dem Zusammenschluß aller staatsbehaltenden Parteien das Heilmittel gefunden zu haben, und merken nicht, wie dieser Zusammenschluß nur dazu führt, dem in Wirklichkeit toten Manchesterium noch ein Scheindasein zu erhalten und der Sozialdemokratie neue Waffen und neue Siege zu verschaffen. Die Sozialdemokratie selbst ist über diese Lage der Dinge völlig im klaren, und ihre Zeitungen sprechen es mit überraschender Deutlichkeit aus. Erst jüngst hat das Hamburger „Echo“ gerade bei Besprechung der erwähnten Äußerung Bennigsen ausgeführt: „So weiß Herr von Bennigsen nicht, daß die Sozialdemokratie wünscht, der Hader der bürgerlichen Parteien möge aufhören! Wir haben an diesem Hader nicht das geringste Interesse. Unser aufrichtiger, so oft zum Ausdruck gebrachter Wunsch geht dahin, die bürgerlichen Parteien möchten sich so bald als möglich zu einer einzigen zusammenschließen. Das würde eine Klärung des Parteikampfs bedeuten, die der Sozialdemokratie nur zum Vorteil gereichen könnte. Unsere Partei hat keinen Grund, den Zusammenschluß der bürgerlichen Elemente zu fürchten; erst wenn er erfolgt sein wird, kann die Sozialdemokratie in beschleunigtem Tempo der endgiltigen Entscheidung entgegengehn.“ Es ist das nicht zu leugnende Verdienst der antisemitischen oder, wie wir sie lieber nennen hören, der deutschsozialen Partei, dies erkannt und dort eingesetzt zu haben, wo allein wirksam gegenüber der Sozialdemokratie eingesetzt werden konnte.

Von konservativer Seite wird vielfach über die antisemitischen Demagogen und über den Einbruch des Antisemitismus in die konservativen Parteiverbände

laute Klage geführt. Wir bestreiten der konservativen Partei das Recht zu solcher Klage; keine Partei war, wie sie, befähigt und berufen, die Sache der Volkserneuerung zu führen, und zu verhindern, daß diese Sache in demagogische Bahnen geriete, und keine Partei trifft eine größere Schuld daran, daß diese große und gute Sache einer jugendlich unerfahrenen, leidenschaftlich unbesonnenen Partei anheimfällt und nun in Gefahr gerät, in den unkundigen Händen dieser Partei zu Grunde zu gehen. Aber gesetzt, die konservative Partei hätte das größte Recht, sich zu beklagen, glaubt man wirklich, daß, wenn die Deutschsozialen nicht auf dem Plane erschienen wären, die 116000 Wähler, die z. B. in Sachsen deutschsozial gewählt haben, fein artig bei der Fahne geblieben wären und Mann für Mann konservativ gestimmt hätten? Wer das glaubt, der kennt unser Volk schlecht. Sozialdemokratisch hätten sie gewählt; vielleicht nicht alle schon diesmal, aber doch ein großer Teil von ihnen, und die andern das nächstmal. Uns scheint, die konservative Partei und wir alle sollten den Deutschsozialen danken, daß sie dies verhindert haben, wir sollten bei aller Würdigung der Fehler und Schwächen dieser jungen Bewegung und ihrer in so mancher Hinsicht nicht „einwandfreien“ Führer ihr gegenüber eine gewisse wohlwollende Neutralität beobachten.

Lassen wir uns nicht beirren durch das Gezeter derer um Rickert und Richter und durch die Weherufe der Großindustrie, des Großkapitals und des Großgrundbesitzes! Einer Partei, die ihr Hauptaugenmerk nicht auf die Sozialdemokratie, sondern auf die sozialen Schäden der Gegenwart richtet, die das Mittelglied zwischen reich und arm, den Mittelstand, lebenskräftig erhalten und widerstandsfähiger machen will, gehört die Zukunft, mag sie in ihren Gedanken, wie das zu erstrebende Ziel zu erreichen sei, auch noch so unklar sein, sich in ihrer Kampfweise auch noch so jugendlich und schülerhaft gebärden. Die deutsch-soziale Partei hat das richtige Ziel erkannt, sie wird auch schließlich den richtigen Weg finden, und es ist unsre Sache, ihr hierbei behilflich zu sein, nicht dadurch, daß wir, wie es Stöcker thut, sie von oben herab abkanzeln, weil sie nicht so will wie wir, sondern indem wir durch ruhige Belehrung ihr namentlich begreiflich zu machen suchen, daß es sich nicht um einen Kampf gegen die Juden, sondern um andres, viel tiefer liegendes handelt, und daß, wenn der grausame und unmögliche Plan einer Judenvertreibung durchführbar wäre, wir um nichts weiter wären, wir nur Personen beseitigt, die Sache aber nicht geändert hätten.

Die Sozialdemokratie nimmt gegenüber dem Antisemitismus seit seinen großen Erfolgen eine andre, viel schlanere Stellung ein als die übrigen Parteien. Sie glaubt oder giebt sich wenigstens den Anschein, zu glauben, daß die Antisemiten nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgten. Der Antisemitismus diene dazu, die „politisch rückständigsten“ Schichten der unbemittelten Bevölkerungsklassen für das Verständnis der sozialdemokratischen Ge-

danken reif zu machen, schließlich werde die antisemitische Bewegung einsehen, daß nicht die Juden, sondern die kapitalistische Gesellschaftsordnung das Übel sei, und damit werde sie am Ende ihrer Selbständigkeit angekommen sein und in die große, von der Sozialdemokratie geleitete Bewegung des Sozialismus auslaufen. Es liegt etwas Wahres, eine jener gefährlichen Halbwahrheiten der Sozialdemokratie in dieser Auffassung. Auch wir glauben und hoffen, daß die antisemitische Bewegung schließlich eine gesunde, im besten Sinne des Wortes sozialistische Bewegung werden wird. Aber wir glauben und hoffen nicht, daß sie sozialistisch werden wird im Sinne der Sozialdemokratie, und es ist unsre ernste, ja unsre wichtigste Aufgabe, das zu verhindern, mit allen Mitteln dagegen zu kämpfen, daß der Talmisozialismus der Sozialdemokratie an Stelle des echten Goldes des Sozialismus noch weiter vordringe in unserm Volke.

Dank den Sünden unsrer sogenannten liberalen Gesetzgebung, die die alten organischen Formen des Zusammenlebens der Menschen zerschlagen und es verabsäumt hat, neue an ihre Stelle zu setzen, und die den Staat aus einem geordneten und gegliederten Organismus zu einem zusammenhangslosen Klumpen von Einzelwesen umgeschaffen hat, dank der Teilnahmslosigkeit unsrer „gebildeten“ Stände, die nicht zu finden waren, als sich die führerlose, allein auf den freien Arbeitsvertrag angewiesene Masse nach einem Halt umseh in dem wilden Meere der entfesselten Selbstsucht, dank der Verblendung unsers maßgebenden „Bürgertums in Stadt und Land,“ das die sozialen Übelstände nicht wahrnahm und sich nicht regte, bis die Krone endlich in zwölfter Stunde zur sozialen Reform den Anstoß gab, haben wir es dahin gebracht, daß sich der Sozialismus bei uns von unten herauf zur Geltung brachte, und daß er, seinem Ursprunge getreu, religionsfeindlich, revolutionär, demokratisch, antimonarchisch und antinational war. In seinem unaufhaltbaren Siegeslaufe ist der Sozialismus jetzt bei den Bevölkerungsklassen angelangt, die das Parteikauderwelsch der Sozialdemokratie als die „politisch rückständigsten“ bezeichnet. Das sind nämlich die Teile des deutschen Volkes, die noch auf alte deutsche Zucht und Sitte halten, die treu ihrem Gott und ihrem König ergeben sind, die ihr Vaterland und den Grund und Boden lieben, auf dem ihre Familie von Alters her heimisch ist, und die Neuerungen am allerwenigsten zugänglich sind. Es liegt auf der Hand, daß der Sozialismus, wenn er hier eindrang, eine andre Form annehmen mußte, als in der unsteten, von hier nach dort geschleuderten, nirgends wahrhaft heimischen Arbeiterbevölkerung. In den konservativen Schichten des Handwerkerstandes, des Bauernstandes und des Standes der mittlern und kleinen Beamten mußte die sozialistische Bewegung zunächst jedenfalls in dem Gewande einer christlich-religiösen, königstreuen, urdeutschen, an die ständische, geschichtlich überlieferte Gliederung der Vergangenheit anknüpfenden, durchaus gegen revolutionäre Gelüste gerichteten Partei auftreten.

Nimmt man hinzu, daß es in Stadt und Land diesen Bevölkerungsklassen gegenüber in weit überwiegender Zahl Juden waren, die sie bewucherten und ausbeuteten, so haben wir damit Entstehungsgeschichte und Erklärung, Berechtigung und Programm der deutschsozialen Partei. Daß diese Partei nur eine Partei des Übergangs, des Werdens ist, erscheint auch uns, sowie den Sozialdemokraten, unzweifelhaft. Es muß und wird bei ihr an Stelle der persönlichen Gehässigkeit des Antisemitismus prinzipieller Sozialismus treten.

Welcher Art aber dieser Sozialismus sein wird, das hängt wesentlich von der Stellung ab, die die Krone und die Regierungen, die sogenannten bürgerlichen Parteien, kurz alle die zur deutschsozialen Partei einnehmen, die die „Linke der Gesetzgebung“ in den Händen haben, das hängt von dem Maße der wirtschaftlichen und sozialen Fürsorge, die wir dem versinkenden Mittelstande und dem sich aus dem bessern Arbeiterstande hervorarbeitenden neuen Mittelstande angedeihen lassen.

Eine starke Stellung könnte der bestehende Staat gegenüber den Umsturzbestrebungen erlangen, wenn er, gestützt auf den kerndeutschen, innerlich gefunden und vaterlandstreuen Mittelstand, die Sache eines konservativen und monarchischen Sozialismus zu der seinigen machte. Hier im Mittelstande, in seinem Triebe zu genossenschaftlicher Organisation, zu korporativem Zusammenschlusse liegen die starken Wurzeln der Kraft unsers Staatswesens überhaupt. Was Thomas Carlyle über den Radikalismus sagte (Schulze-Gävernitz, Zum sozialen Frieden S. 156), das gilt auch von unserm Liberalismus, der radikal aufgeräumt hatte mit den sozialen Einrichtungen der frühern Jahrhunderte. „Der Radikalismus hinterläßt im Laufe seiner Entwicklung ein Nettoresultat von Null und Leere für eine neue Ordnung; ja er ist so negativ, daß es nicht sein Verdienst ist, wenn unter seiner Herrschaft die Gesellschaft noch fortbesteht. Vielmehr beruht dies allein darauf, daß aus vergangnen Zeiten noch positive Elemente überliefert sind, daß insbesondere in abgelegnern Kreisen der Gesellschaft [das sind die „politisch rückständigsten“ Bevölkerungsschichten im Sinne der Sozialdemokratie] noch alter Glaube nicht geschwunden, noch alte Formen nicht zur Lüge geworden sind, daß vielmehr noch eine Reihe sozialer Institutionen die Verehrung der Mehrzahl besitzen.“ Und, so fügen wir, den Carlyleschen Gedankengang zu Ende denkend, hinzu, diese von der Superflueheit revolutionärer Thoren mißachteten „positiven Elemente“ sind es dann schließlich, aus denen sich fruchtbare, positive Gedanken für eine Neuordnung an Stelle der zertrümmerten alten Ordnung langsam und mühsam, aber darum nur um so sicherer hervorringen, und die den festen Kern bilden, um den sich die neue organisierte Gemeinschaft, genannt Staat, krystallisiert.

Wir stehen jetzt im Anfange dieser Entwicklung. Die deutschsoziale Bewegung ist der erste unsichere und tappende Schritt jener „positiven Elemente“ in dem fast völlig leeren Raume, den der Liberalismus an die Stelle des

Staats gesetzt hat, und in dem sich bisher nur die Sozialdemokratie tummelte, bereit, auch das noch zu zerstören, was der Liberalismus nicht niedergedrückt hatte. Darin liegt die weitgehende Bedeutung dieser Bewegung.

Hüten wir uns davor, sie mit Geringschätzung zu betrachten oder gar sie als staatsfeindlich zu verfolgen. Wir würden der antisemitischen Bewegung gerade, weil sie vor allem antisemitisch ist, statt einfach deutsch und sozial zu sein, zu viel Ehre anthun, wenn wir sagen wollten, daß sie uns die Erlösung brächte. Allein der Vorbote der Erlösung von den Irrtümern, Leiden und Sorgen, die uns dieses so rein negative Jahrhundert des Liberalismus gebracht hat, ist sie gewiß.



## Zur Wohnungsfrage



Die Wohnung ist das halbe Leben. Dieser Satz wird oft laut, besonders aber dann, wenn einem Familienhaupte die Aufgabe zufällt, für sich und die Seinen ein Unterkommen zu suchen. Nur zu vielen ist es nicht beschieden, für eine Reihe von Jahren — an ein oder mehrere Jahrzehnte gar nicht zu denken — ein Haus oder auch nur ein Stockwerk in einem Hause als sein Heim zu wissen. Zwar entstehen, wo man nur hinsieht, Neubauten. Aber in sehr vielen Fällen hat ein kleines Haus und noch öfter haben mehrere kleine Häuser einem Neubau weichen müssen. Sind wir auch noch weit entfernt von amerikanischen Zuständen, ein gewisses turmartiges Aussehen fällt uns doch schon an vielen unsrer Neubauten auf. Man kann in unsern großen Städten ganze Straßen durchwandern, ohne eines Daches ansichtig zu werden; das Dach mit seinen freundlichen kleinen Mansardensfenstern findet keine Stätte mehr. Aber auch auf den Dörfern macht sich der Zug der Zeit in der Gestalt der Wohnhäuser erkennbar. Mitten in einem Dorfe von ganz ländlichem Charakter erhebt sich eines schönen Tages ein einförmiger Kasten und ruiniert den ganzen Anblick des Dorfes. Nach zwei, drei Jahren sind schon zehn solcher Kästen da, und mit dem Dorfe ist vorbei.

Wo bleibt das Haus, worin eine Familie wohnt? Jedes Jahr schwinden diese Häuser mehr. Die Bestrebungen, dem entgegenzuarbeiten, indem an der äußersten Grenze des städtischen Weichbildes Einfamilienhäuser gebaut werden, wie es ja in Berlin nicht ohne Erfolg geschieht, können es doch nicht verhindern, daß alljährlich in vielen Fällen vielleicht zehn Familien, die bisher jede für